

EU 2009: Spannendes Jahr für Europa

© Akademie für Welthandel AG, Februar 2009

Die globale Finanzkrise fordert die Politik sowohl auf nationaler als auch auf EU-Ebene. Trotz expansiver Geld- und Finanzpolitik wird die EU zumindest 2009 nicht um eine Rezession herumkommen, bei der das BIP um 2 % schrumpfen könnte. Gleichwohl geht die europäische Integration auf verschiedenen Ebenen weiter. So erhöht sich 2009 die Zahl der EWU-Teilnehmer mit dem Beitritt der Slowakei auf 16 und mit der Tschechischen Republik übernimmt zum zweiten Mal ein Land der EU-Osterweiterung von 2004 den halbjährlichen Ratsvorsitz. In Brüssel hofft man außerdem auf die neue „Roadmap“ zur Rettung des Vertrags von Lissabon, nach der eine zweite Volksabstimmung in Irland noch einen abgespeckten Vertrag in 2009 ermöglicht. Ferner werfen die Wahlen zum EU-Parlament im Juni ihre Schatten voraus.

Die europäische Integration schreitet auch 2009 weiter voran, selbst wenn die öffentliche Diskussion von diversen ungelösten Problemen und seit dem Herbst zudem von zahlreichen Herausforderungen im Umfeld der Finanzkrise dominiert wird. So war am Jahresanfang relativ unbeachtet das 10jährige Jubiläum der Euro-Einführung zu vermelden. Zudem hat sich die Eurozone durch den Beitritt der Slowakei seit dem 1. Januar auf 16 Mitglieder vergrößert. Mit Tschechien übernimmt zum zweiten Mal ein Land der großen EU-Osterweiterung von 2004 die EU-Ratspräsidentschaft und mit der Erweiterung des Schengen-Raums um die Schweiz kommt nun das komplette West- und Mitteleuropa in den Genuss des freien Grenzverkehrs. Beim hart umkämpften EU-Reformvertrag hat man sich auf dem Dezember-Gipfel zumindest auf einen neuen Fahrplan verständigt, der über eine erneute Volksabstimmung in Irland doch noch auf ein baldiges Inkrafttreten des komplexen Vertragswerkes hoffen lässt. Last but not least sei noch an die Wahlen zum Europäischen Parlament Anfang Juni erinnert, die den Europäern auch eine neue EU-Kommission bescheren werden.

Rückblick auf 2008: Umtriebige französische EU-Ratspräsidentschaft ...

Die sechs Monate der französischen EU-Präsidentschaft waren in erster Linie geprägt von mehreren internationalen Krisen: Zuerst der Georgien-Konflikt, dann seit dem Herbst die Finanz- und Wirtschaftskrise und am Jahresende die Gaza-Krise. Diese Ereignisse haben vielen EU-Spitzenvertretern etliche Zusatzaufgaben, aber gerade dem französischen Staatspräsidenten Sarkozy und EU-Kommissionspräsident Barroso auch willkommene Medienpräsenz verschafft. Darüber hinaus hat man in Paris auch bei den ursprünglichen Prioritäten weitgehend Kurs gehalten:

- bei der Bekämpfung des Klimawandels mit der Verabschiedung des "Energie-Klima-Pakets"
- bei der Migrationspolitik mit der Verabschiedung des Europäischen Pakts zu Einwanderung und Asyl
- bei der Gemeinsamen Agrarpolitik mit der Annahme des GAP-Gesundheitschecks und der Aufnahme der Diskussionen über die Zukunft der GAP (GAP = Gemeinsame Agrarpolitik)
- bei der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik ESVP mit einem neuen konkreten und einsatzfähigen Programm
- auf internationaler Ebene mit acht Gipfeltreffen mit den wichtigsten internationalen Partner der EU, darunter dem Pariser Gipfel zum Start der Union für den Mittelmeerraum

(vgl. dazu auch unseren Artikel „*Französische EU-Ratspräsidentschaft und die irische Herausforderung*“ vom August 2008)

... und recht erfolgreicher Pariser EU-Gipfel im Dezember

Die Staats- und Regierungschefs verabschiedeten dort, eine ehrgeizige „Roadmap“ zur Rettung des Vertrags von Lissabon vor Ende 2009 zu verfolgen. So soll der Vertrag von Lissabon insofern nachgebessert werden, dass die Europäische Kommission weiterhin ein Mitglied aus jedem Mitgliedstaat umfasst. Der Europäische Rat war sich zudem einig, dass weitere Änderungen nötig sind, um den von der irischen Bevölkerung ausgedrückten Sorgen in Bezug auf die Steuer-, Familien-, Sozial-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik gerecht zu werden. Unter dem Vorbehalt, dass die detaillierten Überarbeitungen zu diesen Fragen bis Mitte 2009 zufriedenstellend

abgeschlossen sind, sagte die Regierung in Dublin zu, auf eine baldige irische Ratifizierung hinzuwirken.

Irland wird voraussichtlich aber erst im Herbst 2009 ein Referendum über eine neue Fassung des EU-Reformvertrages abhalten. Gegenwärtig ist noch offen, ob auch Tschechien nicht doch dem irischen Beispiel folgt und versuchen wird, den Lissabon-Vertrag zu zerlegen, um ihn in einer Volksabstimmung passieren zu lassen.

1. Halbjahr 2009: Ausblick auf die tschechische Ratspräsidentschaft ...

Am 1. Januar hat Tschechien mit Ministerpräsident Topolánek turnusgemäß die EU-Ratspräsidentschaft von Frankreich übernommen. Es wird seinerseits am 1. Juli 2009 von Schweden abgelöst, womit diese Dreier-Präsidentschaft dann Ende 2009 ausläuft. Hauptthemen des Prager Vorsitzes im 1. Halbjahr werden weiter die Ratifizierung des Vertrags von Lissabon, der interkulturelle Dialog innerhalb Europas und die EU-Energie- und Klimapolitik sein. Während des tschechischen Vorsitzes werden zudem die Auswirkungen der Finanzkrise, der Umgang mit Russland und der Beginn der neuen US-Administration die Politik bestimmen. Gemäß seinem Motto „Ein Europa ohne Grenzen“ will Tschechien zudem als mittelgroßes Land mit 10 Mio. Einwohnern eine Brücke zwischen den großen und den kleinen Staaten schlagen.

Im Vorfeld gab es Bedenken, ob Tschechien gut gerüstet in den Vorsitz geht, denn die tschechische Regierung verfügt nur über eine knappe Mehrheit im Parlament. Staatspräsident Klaus ist zudem für seine EU-kritische Haltung bekannt. Tschechien ist darüber hinaus neben Irland das einzige Land, das den Lissabonner Vertrag noch nicht ratifiziert hat. Jedoch ist der Konsens unter den tschechischen Politikern groß, den Herausforderungen der Ratspräsidentschaft erfolgreich zu begegnen. Umso mehr liegt es auch an Europa, für seine Werte zu werben und Prag zu entsprechenden Erfolgen zu verhelfen. Die beiden EU-Gipfel der tschechischen Ratspräsidentschaft finden am 19./20. März und vom 18. bis 20. Juni jeweils in Brüssel statt.

... und den italienischen G8-Vorsitz

Ergänzend sei angemerkt, dass mit Italien 2009 auch ein EU-Land den jährlichen Vorsitz in der G8-Gruppe der großen Industrienationen übernommen hat. Die Ent-

wicklung der Weltwirtschaft, der Klimawandel und die Entwicklungszusammenarbeit sind die Schwerpunkte der italienischen G8-Präsidentschaft. Damit führt Italien seit Jahresbeginn unter dem Motto "Wachstum und Nachhaltigkeit" die Prioritäten fort, die Deutschland und Japan in den vorhergehenden Präsidentschaften gesetzt haben.

Im Rahmen des römischen G8-Vorsitzes findet auch der nächste Weltwirtschaftsgipfel im Sommer 2009 auf Sardinien statt. Dort will die Regierung von Premier Berlusconi an den vorherigen Gipfel in Hokkaido sowie die kürzliche Klimakonferenz im polnischen Posen anknüpfen und den Kampf gegen den Klimawandel voranbringen. Ferner ist es Berlusconis erklärtes Ziel, die G8-Runde endlich zu einer größeren Runde unter gleichberechtigter Einbeziehung der großen Schwellenländer auszubauen (z. B. zu einer "Super-G-14-Runde" mit den Regionalmächten China, Indien, Mexiko, Brasilien, Südafrika und Ägypten).

10 Jahre Euro – EWU-Start mit 11 Ländern

Am 1. Juni 1998 startete das Europäische System der Zentralbanken mit der konkreten Vorbereitung der europäischen Währungsunion. Gemeinsam mit der damals neu errichteten Europäischen Zentralbank bereiteten die nationalen Zentralbanken den Übergang auf die einheitliche Währung vor. Vor zehn Jahren, am 1. Januar 1999, führten dann 11 europäische Länder den Euro als gemeinsame Währung ein. So wurden die Umrechnungskurse zwischen dem Euro und den ursprünglich 11 Mitgliedswährungen unwiderruflich festgelegt. Dabei wurde zunächst aber noch weiter in den nationalen Währungen gezahlt, denn Euro-Banknoten und -Münzen gaben die beteiligten Zentralbanken erst ab dem 1. Januar 2002 aus. Wichtige Voraussetzung zur Euro-Einführung war auch der „Stabilitäts- und Wachstumspakt“ von 1997 mit den bekannten „Maastricht-Kriterien“. Der Pakt soll eine stabilitätsverträgliche Finanzpolitik der Mitgliedsländer nach Eintritt in die Währungsunion sicherstellen, was durch die Finanzkrise gerade wieder neu an Aktualität gewonnen hat.

Tabelle 1: EU-Mitgliedsländer und wichtige Strukturdaten

Land	EU- Beitritt	EWU- Beitritt	Schengen- Mitglied	Bevölkerung (1)	Wohlstands- niveau (2)
1 Deutschland	1957	1999	XX	82,1	112,4
2 Frankreich	1957	1999	XX	64,1	105,7
3 Italien	1957	1999	XX	60,1	101,5
4 Niederlande	1957	1999	XX	16,5	129,0
5 Belgien	1957	1999	XX	10,7	114,7
6 Luxemburg	1957	1999	XX	0,5	261,1
7 Großbritannien	1973	-	(XX)	61,6	115,5
8 Dänemark	1973	-	XX	5,5	116,3
9 Irland	1973	1999	(XX)	4,5	140,1
10 Griechenland	1981	2001	XX	11,3	94,1
11 Spanien	1986	1999	XX	45,9	101,7
12 Portugal	1986	1999	XX	10,6	73,7
13 Schweden	1995	-	XX	9,3	118,1
14 Österreich	1995	1999	XX	8,4	121,5
15 Finnland	1995	1999	XX	5,3	114,1
16 Polen	2004	-	X	38,1	54,3
17 Tschechische Republik	2004	-	X	10,5	80,6
18 Ungarn	2004	-	X	10,0	61,5
19 Slowakei	2004	2009	X	5,4	69,1
20 Litauen	2004	-	X	3,4	59,9
21 Lettland	2004	-	X	2,3	52,6
22 Slowenien	2004	2007	X	2,1	89,3
23 Estland	2004	-	X	1,3	64,8
24 Zypern	2004	2008	-	0,8	89,3
25 Malta	2004	2008	X	0,4	76,4
26 Rumänien	2007	-	-	21,5	44,3
27 Bulgarien	2007	-	-	7,6	38,5
EU 15				391,8	110,8
EWU 16				328,6	108,8
EU 27				499,7	100,0
<i><u>Nachrichtlich:</u></i>					
Kroatien				4,4	58,4
Türkei				70,6	43,0
Mazedonien				2,0	30,8
Schweiz			X	7,7	133,9
Norwegen			(XX)	4,8	174,4

(1) in Mio., 01.01.2009 (2) BIP/Kopf in KKS, EU27 = 100, 2008, vorläufig

Schengen:

XX = Altmitglied

X = Mitglied seit Dez. 2007/2008 (CH) (XX) = eingeschränkte Teilnahme

Quelle: Eurostat, EU-Kommission 2009

27 + 16: EWU-Erweiterung um die Slowakei

Mit der Slowakei ist – nach Slowenien, Malta und Zypern – nun das vierte Land der großen EU-Osterweiterung von 2004 der Eurozone beigetreten (vgl. dazu Tab. 1). Gemäß dem EZB-Konvergenzbericht vom Mai 2008 hat man in Bratislava alle Maastricht-Kriterien erfüllt. In den anderen neun Kandidatenländern gab es dagegen weitere Verschiebungen des angepeilten Beitrittstermins wegen zu hoher Inflation und anhaltenden Haushaltsdefiziten, aber auch fehlender politischer Unterstützung. Die nächsten EWU-Beitrittsländer könnten aus dem Baltikum kommen. Realistischerweise dürften sich die nächsten Beitritte allerdings durch die Haushaltsprobleme im Zuge der Finanzkrise verzögern und sind daher nicht vor 2011 zu erwarten.

Für die Slowakei hat die Einführung des Euro einen besonderen Symbolwert, nachdem man erst am 1. Januar 1993 mit der Teilung der föderativen Tschechoslowakei die staatliche Eigenständigkeit erwirkte – und nun Prag beim Euro-Beitritt deutlich zuvorkommt. Aufgrund der reibungslosen Einführung des Euro endete der parallele Umlauf von Alt- und Neuwährung schon am 16. Januar. Der Beitrittskurs beläuft sich auf 30,126 SKK/Euro – während die tschechische Krone zum Jahreswechsel 2008 bei 26,875 CZK/Euro notierte.

Der frühe slowakische Beitritt war in den 90er Jahren unter dem europaskeptischen Regierungschef Meciar eigentlich kaum vorstellbar, doch sein Nachfolger Dzurinda führte Bratislava zurück in den Kreis der EU-Beitrittsländer. Die slowakische Krone war also nur 16 Jahre im Umlauf, weshalb sich die Bevölkerung mit dem Euro sicher schneller als andernorts anfreunden dürfte. Gleichwohl gibt es auch hier weitverbreitete Befürchtungen vor unfairen Preisanpassungen. Durch die Einführung des Euro als offizielles Zahlungsmittel zum 1. Januar wird die ausgesprochen stark mit dem Euroraum verbundene slowakische Wirtschaft – 87 % der Ausfuhren entfallen auf die EU – durch den Wegfall der Wechselkursschwankungen und die Erhöhung der Planungssicherheit aber weiter profitieren.

Mit nunmehr 16 EWU-Ländern ist der Euro schon für genau zwei Drittel der EU-Bevölkerung offizielles Zahlungsmittel, was sich bei immer mehr Urlaubs- und Geschäftsreisen positiv bemerkbar macht. Aus gesamtwirtschaftlicher Sicht ändert sich

durch die jüngsten Beitritte allerdings nicht viel, da die vier genannten kleineren Staaten zusammen nur rd. 1 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) der Eurozone erwirtschaften. Bei den Abstimmungen im EZB-Rat wäre aufgrund des Regelwerks zur Begrenzung der Mitgliederzahl bei mehr als 15 EWU-Teilnehmern nun eigentlich ein Rotationsverfahren vorgesehen. Davon hat man aber zunächst Abstand genommen und so umfasst der EZB-Rat seit Januar 22 Mitglieder (die 6 Direktoriumsmitglieder und die 16 nationalen Zentralbankpräsidenten, darunter den Slowaken Sramko).

Schleppende EU-Beitrittsverhandlungen

Dagegen wird die Anzahl der EU-Mitglieder mangels beitriffsreifer Kandidaten mit 27 Nationen wohl noch über mehrere Jahre konstant bleiben. Gerade deshalb will die EU die Westbalkanstaaten und die Türkei von 2008 bis 2010 mit 4,5 Mrd. Euro weiter unterstützen. Die EU-Kommission hat dazu im September die mehrjährige Finanzplanung für die Beitrittsländer und potenziellen Beitrittskandidaten angenommen. Das Finanzinstrument zur Heranführungshilfe (Instrument for pre-accession – IPA) unterstützt Kroatien, die Türkei, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien sowie Albanien, Bosnien und Herzegowina, Montenegro und Serbien einschließlich Kosovo bei ihren Bemühungen zur schrittweisen Angleichung an die Standards und die Politik der EU mit Blick auf eine künftige Mitgliedschaft.

Finanzkrise fordert die Politik auf nationaler und EU-Ebene

Angesichts der größten Finanzkrise seit dem Börsencrash von 1929 zeigte sich die Eurozone nicht zuletzt dank des international gut etablierten Euro als relativ robust, während kleinere europäische Länder wie Ungarn und Island aufgrund der enormen Kapitalflucht im Herbst einen dramatischen Verfall ihrer Währungen zu verzeichnen hatten. Zu Begrenzung der Wirtschaftskrise gelang es der EU zumindest, eine gemeinsame Strategie der 27 Mitgliedstaaten festzulegen. Angesichts teilweise divergierender Vorstellungen einigte man sich auf einen "Werkzeugkasten", aus dem sich die Mitgliedstaaten koordiniert bedienen sollten, sowie auf die Nutzung des gesamten Spektrums europäischer Gemeinschaftspolitik.

Expansive Geld- und Fiskalpolitik

Die EZB senkte den Leitzins zwischen Oktober 2008 und Januar 2009 in 4 Schritten von 4,25 % auf 2 %. Sie bleibt damit allerdings – sowohl beim Tempo als auch beim Zinsniveau – deutlich hinter der Fed und den anderen wichtigen Notenbanken in Japan, Großbritannien und der Schweiz zurück. Nachdem die Bundesregierung Anfang Oktober als vertrauensbildende Maßnahme zur Stabilisierung des Bankensystems Spareinlagen in Deutschland in unbeschränkter Höhe garantierte, erhöhte die EU am 7. Oktober die gesetzliche Einlagensicherung für Spareinlagen von 20.000 auf 50.000 Euro. Weiter einigten sich die 15 Euro-Länder und Großbritannien mit EZB und EU-Kommission darauf, den Finanzinstituten staatliche Hilfen einzuräumen.

Mittlerweile haben fast alle EU-Länder ein oder mehrere nationale Rettungspakete aufgelegt, darunter auch Deutschland, wo die Bundesregierung den von der Bundesbank operativ unterstützten „Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung“ einrichtete. Diese Rettungspakete dürften bei Bedarf im Jahresverlauf wohl noch weiter aufgestockt werden. Allein die bis Mitte Januar angekündigten nationalen Stimulierungsmaßnahmen haben lt. EU-Kommission eine Größenordnung von insgesamt 1 % des BIP für dieses und rund 0,5 % für nächstes Jahr. Sie dürften einen Wachstumsimpuls für die EU von rd. $\frac{3}{4}$ Prozentpunkten in 2009 und von $\frac{1}{3}$ Pp. in 2010 ausüben. Dafür ist man fast überall bereit, eine zeitweise Überschreitung der Maastricht-Schuldenkriterien hinzunehmen. Nachdem das Staatsdefizit in der Euro-Zone 2007 mit 0,6 % des BIP einen Tiefstand erreicht hat, erwartet die Kommission bis 2010 einen raschen Anstieg auf 4,4 %. Dabei dürften 7 von 16 Mitgliedern der Euro-Zone 2009 den Defizit-Referenzwert von 3 % des BIP überschreiten – Spitzenreiter ist Irland mit einem prognostizierten Fehlbetrag von 11 %. Die Bruttoschuld des Euro-Raums könnte dadurch von 66 % des BIP 2007 auf 76 % im nächsten Jahr klettern.

Damit wachsen aber die Sorgen, dass einige kleinere und wirtschaftlich schwächere Mitgliedsländer der EWU und der EU den fiskalischen Belastungen der Finanz- und Wirtschaftskrise nicht gewachsen sind. Der Hintergrund sind das Downgrading von Griechenland und negative Ausblicke für das Rating einiger anderer Euro-Länder wie Spanien sowie Befürchtungen, auch Irland könnte Unterstützung beim Internationalen Währungsfonds suchen. An den Märkten ist die Unsicherheit über die vom Fi-

nanz- und Immobiliensektor ausgehenden Risiken hoch; ein abschreckendes Beispiel ist Island, wo die Belastungen die Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft weit überschreiten. Problematisch sind auch die institutionellen Unsicherheiten in Europa – gerade verglichen mit den USA: Wie weit reicht die Solidarität zwischen den Mitgliedsländern? Und wird die EZB als „lender of last resort“ einspringen?

Negative EU-Konjunkturprognose: Rezession zumindest für 2009

Brüssel hat wegen der Krise sowohl auf der Wachstums- als auf der Inflationsseite die Prognosen deutlich nach unten angepasst. Gemäß den neuen Schätzungen der EU-Kommission vom 19. Januar werden dieses Jahr zwei Drittel aller EU-Länder negative BIP-Raten aufweisen, wobei die Zahlen für Irland (-5 %) und Lettland (-7 %) am drastischsten ausfallen. Aber auch für alle großen vier Länder werden Rückgänge von 2-3 % prognostiziert (vgl. Tabelle 2). Insgesamt erwartet man für dieses Jahr einen Rückgang des EU-BIP von 1,8 % (nach +1,0 % in 2008), während sich bei der unterstellten bescheidenen Erholung ab der zweiten Jahreshälfte für 2010 ein leichtes Plus von 0,5 % ergeben könnte.

Tabelle 2: EU-Wachstumsprognosen (in % gg. Vorjahr)

	BIP 2008	BIP 2009	BIP 2010
Deutschland	1,3	-2,3	0,7
Frankreich	0,7	-1,8	0,4
Großbritannien	0,7	-2,8	0,2
Italien	-0,6	-2,0	0,3
Spanien	1,2	-2,0	-0,2
Polen	5,0	2,0	2,4
EWU-16	0,9	-1,9	0,4
EU-27	1,0	-1,8	0,5

Quelle: EU-Kommission Januar 2009

Einen Lichtblick liefert dagegen die Inflation: Nachdem die Teuerung bei den Verbraucherpreisen im Jahresdurchschnitt 2008 in der Euro-Zone einen Rekordwert von 3,3 % erreichte, dürfte sie 2009 auf 1 % fallen und auch 2010 unter 2 % bleiben, was den privaten Konsum stützen sollte.

Ausblick Europawahlen

In diesem schwierigen wirtschaftlichen Umfeld gibt es im Frühsommer zum siebten Mal die Wahlen zum Europäischen Parlament. Sie finden zwischen dem 4. und 7. Juni 2009 statt – in Deutschland wird am Sonntag, den 7. Juni 2009 gewählt. Zum ersten Mal nehmen dabei Bürgerinnen und Bürger aus 27 EU-Mitgliedstaaten an der Europawahl statt. Dabei werden rund 375 Millionen EU-Bürger wahlberechtigt sein. Das alle fünf Jahre gewählte Europäische Parlament repräsentiert damit die zweitgrößte Demokratie der Welt. Nur in Indien sind bei den Wahlen mehr Wahlberechtigte aufgerufen, in einer allgemeinen, freien, direkten und geheimen Wahl eine parlamentarische Vertretung zu wählen.

Seit dem EU-Beitritt Bulgariens und Rumäniens im Jahr 2007 sitzen dort 785 Parlamentarier. Da der Vertrag von Lissabon bis zum Wahltermin auf keinen Fall mehr in Kraft treten kann, wird im Juni nach den Bestimmungen des Vertrags von Nizza gewählt. Dadurch reduziert sich die Zahl der Parlamentarier auf 736, sonst wären es 751 Vertreter gewesen. Deutschland kann damit zunächst seine 99 Abgeordneten behalten, während der Lissabon-Vertrag für die Bundesrepublik nur 96 Sitze vorsieht. Seit der Europawahl im Jahre 2004 gibt es eine klare Trennung: Ein Abgeordneter ist entweder Mitglied des Europäischen Parlamentes oder Abgeordneter eines nationalen Parlamentes, beides zusammen ist unvereinbar. Ob EU-Kommissionspräsident Barroso in eine zweite Amtszeit geht, ist derzeit noch offen. In der EU-Kommission wird es aber viele neue Gesichter geben: So wird der deutsche Vertreter, Industriekommissar Verheugen, aller Voraussicht nach von einem CDU-Politiker abgelöst. In Deutschland dürfte die Europawahl zudem zur Generalprobe für die spannende Bundestagswahl im September werden. In anderen Ländern könnte im Wahlkampf auch wieder die Kluft zwischen EU-Befürwortern und Europa-Gegnern deutlich werden. Dabei bleibt zu hoffen, dass die dramatischen Auswirkungen der globalen Finanzmarktkrise nicht auch noch der EU angehängt werden.

Weitere Informationen erhalten Sie auf www.akademie-welthandel.de
oder unter der Telefon-Nummer 0 69 / 74 74 2 – 0.